



An die Landtagsabgeordneten der
Region Bonn / Rhein-Sieg und Köln

CC an den Landesvorsitzenden

Kreishaus

Telefon: 02241/60320

Telefax: 02241/52262

E-Mail: fdp-ktf.rhein-sieg@t-online.de

Siegburg, 21. Mai 2017

Betrifft: Anregungen, Wünsche und Vorschläge der FDP-Rhein-Sieg für die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

nachdem nun für viele unerwartet es doch zu einer Regierungsbeteiligung der FDP kommt, haben wir im Rhein-Sieg-Kreis eine Umfrage gemacht hinsichtlich der Erwartungen der Parteifreunde in der Kommunalpolitik. Viele Anregungen finden sich bereits allgemein im Wahlprogramm. Anbei übersenden wir Ihnen aber einige konkrete Vorschläge und Hinweise mit der Bitte um Berücksichtigung. Bitte leiten Sie diese Punkte je nach Sachgebiet an die zuständigen Abgeordneten und Referenten der Landtagsfraktion weiter.

1. Schule und Bildung

Es dürfen keine Förderschulen mehr geschlossen werden. Auch kleine Förderschulen sollten wieder gestärkt werden, da sie das Schulangebot vor Ort wohnortnah ergänzen.

Eine pragmatische Regelung für die Beschulung der Klassen 5 und 6 in den Förderschulen ES, die allen Beteiligten Sicherheit und Vertrauensschutz gewährleistet.

Eine klare Regelung für den Einsatz der Schulbegleiter bzw. Integrationshelfer im Zuge der Inklusion. (bisheriger Widerspruch hinsichtlich des Einsatzes von FSJlern muss schnell aufgehoben werden).

Den integrativen Kindergärten sollte es ermöglicht werden, durch die Beschäftigung eigener Therapeuten den Therapiebedarf der in der Einrichtung betreuten Kinder und auch darüber hinaus zu decken. Die Verpflichtung zum Besuch externer Therapeuten muss entfallen, da die Versorgung in der Einrichtung ohne Bruch bei Umfeld und Personen möglich sein sollte. Therapie darf nicht zum losgelösten Ereignis außerhalb des gewohnten Umfeldes werden.

Finanzierung der Schulsozialarbeit als pflichtige Leistung anerkennen. Immer wieder gibt es Unsicherheiten, wie es mit der Finanzierung weiter geht. Gerade angesichts der vielen Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die integriert werden sollen, müssen die Kommunen eine sichere Finanzierung der Schulsozialarbeit erwarten dürfen.

Die Offene Ganztagschule und deren Finanzierung ist eine große Herausforderung für die Kommunen, da sie als freiwillige Leistung betrachtet wird und kein Pflichtangebot der Kommune ist. Von den Eltern wird das OGS-Angebot nach dem Ganztagskindergarten ebenfalls als kommunale Pflicht gesehen. Das Land stellt diese Aufgabe aber als "nice to have" und nicht als "must have" dar.

Kommunen im HSK sind gezwungen, beim KITA-Beitrag die Eltern bis über die Schmerzgrenze hinaus zu belasten, während andere Kommunen ihre Kindergärten komplett kostenfrei anbieten können. Das führt zu teilweise absurden Unterschieden bei den Kosten für Kinderbetreuung, wenn eine Stadtgrenze überquert wird.

2. Finanzen

Das GFG muss auf den Stand von vor 2010 zurück. Die finanzielle Benachteiligung ländlicher Kommunen und die Bevorzugung des Ruhrgebiets müssen beendet werden

Die Anhebung des kommunalen Anteils an der Verbundmasse auf 28 Prozent wie früher ist anzustreben.

3. Bauen und Wohnen

Sofortige Aussetzung der Neufassung der Landesbauordnung bevor sie Ende des Jahres in Kraft tritt. Sie verursacht erhebliche Mehrkosten beim Bau und verursacht zusätzliche Bürokratie u.a. durch die wieder eingeführte Regelung, dass private Bauherren einen Bauantrag für Einfamilienhäuser stellen müssen.

Grundsätzlich müssen die Kommunen bei ihrer Planung wieder mehr Handlungsfreiheit bekommen. Die Gängelung durch die Bezirksregierungen bei der Umsetzung von Bebauungsplänen muss aufhören.

Überarbeitung und Entfesselung des aktuellen LEP, da die Festlegungen eine rein urbane Sicht widerspiegeln. Man möchte nur noch Ortschaften ab 2000 Einwohnern weiterentwickeln.

4. Umwelt und Natur

Die Regelung im Naturschutzgesetz, wonach der Kreistag ein Votum des Naturschutzbeirats (vormals Landschaftsbeirat) nicht mehr überstimmen darf, muss wieder abgeschafft werden. Die Entscheidung erfolgt nun durch die Bezirksregierung, also wieder von Bürokraten - aber nicht von demokratisch gewählten Volksvertretern.

Kreise sollen selbst entscheiden, ob die Aufstellung von Landschaftsplänen sinnvoll ist und nicht wie jetzt Pflicht.

Das Landesjagdgesetz ist so schnell wie möglich zu ändern.

Windenergieanlagen: Hier sollten die Abstände und Höhen der Anlagen wieder strenger reguliert werden - insbesondere in windarmen Gegenden wie dem Rheintal.

5. Innere Sicherheit

Die Polizeipräsenz auf dem Lande muss erhöht werden.

6. Gesundheit

Wir beobachten mit Sorge, wie sich private Krankenhausträger aus wirtschaftlichen Gründen verhalten. In St. Augustin wurde die Geburtshilfe von Helios geschlossen, obwohl sich die Politik dagegen ausgesprochen hat. Berichte über unzureichende personelle Kapazitäten in den privaten Krankenhäusern mit daraus resultierenden Hygienemängeln werden an uns herangetragen. Hier wäre zu prüfen, wie das Land über die Aufsicht tätig werden kann.

7. Höchste Priorität bei der Umsetzung liberaler Ladenöffnungszeiten, insbesondere an Sonntagen, zur Stärkung des stationären Einzelhandels.

Wir bedanken uns im Voraus für Ihre Bemühungen, die o.a. Wünsche und Vorschläge in die Koalitionsverhandlungen einzubringen.

Für den FDP-Kreisverband Rhein-Sieg

Jürgen Peter

Für die FDP-Kreistagsfraktion

Dr. Karl-Heinz Lamberty